



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax : (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 24.02.2012

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 30.01.2012

öffentlich

6.3.1 Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz 4996/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, fragt zu den auf Seite 6 der Mitteilung beschriebenen Genderaspekten nach den Folgen für die Arbeit.

Frau Dr. van Eyck, Kinder- und Jugendpsychiaterin vom Gesundheitsamt, Psychotherapeutin und Leiterin der Beratungsstelle, erklärt, dass jede Beratung individuell erfolgt. Auf Seite 5 muss es im letzten Absatz richtig „höheren Anteil an psychisch auffälligen Jungen **in dieser Altersgruppe**“ heißen. Das gilt insbesondere für die Förderschulen. Die Mädchen holen später auf. Sie werden mit Beginn der Pubertät psychisch auffälliger.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass in der letzten Sitzung vom Bündnis der Familie das Schwerpunktthema „Jungenförderung“ besprochen wurde. Die Ergebnisse deckten sich mit dem hier Gesagten. Er möchte wissen, welche Schwierigkeiten es bei der im Resümee angesprochenen „engeren Verzahnung mit den Sozialräumen“ gibt.

Frau Dr. van Eyck antwortet, dass ihre Ressourcen sehr begrenzt sind: Es gibt nur sie und ihren Kollegen, einen Sozialpädagogen und Krankenpfleger. Das alleine begrenzt schon Vernetzungsmöglichkeiten und Kooperationen.

Herr Dr. Heinen sieht es auch eher als eine Bringschuld der Sozialräume.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, wie lange Ratsuchende auf eine Beratung warten müssen.

Frau Dr. van Eyck sagt, dass man um kurze Wartezeiten bemüht ist. Ziel sind maximal 2 bis 3 Wochen. Anders als niedergelassene Praxen und Kliniken vermittelt man aber die Betroffenen ohne komplexe Diagnostik weiter ins System. Man bietet selbst weder eine ausführliche Diagnostik noch Therapien an.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, entnimmt der Grafik 6, dass 58% der Klienten eine Förderschule besuchen. Das liegt gemäß Frau Dr. van Eyck daran, dass man vornehmlich in Förderschulen präsent ist und nur wenige Haupt- und Grundschulen besucht, obwohl es wünschenswert wäre, stadtweit aufgestellt zu sein. Man bemüht sich aber, zumindest 1x pro Schulhalbjahr jede Förderschule Lernen und 2x pro Schulhalbjahr die Förderschulen Sprache und emotionale und soziale Entwicklung zu besuchen. Die Zielgruppe sind Kinder aus Multiproblemfamilien, die nicht gut versorgt sind.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, fragt nach, warum Mülheim in der Statistik der Beratungsfälle auf Seite 1 mit 14% vertreten ist, warum die Auffälligen meist aus Förderschulen stammen und ob ergänzend zu den Angaben auf Seite 4 auch eine Auflistung des Migrantenanteils möglich sei. Zudem möchte sie wissen, ob es genügend Beratungspersonal mit interkulturellem Hintergrund gebe.

Frau Dr. van Eyck wiederholt, dass das Team aus nur 2 Personen ohne Migrationshintergrund besteht. Sollte das Team einmal erweitert werden können, so wird man auch auf einen Migrationshintergrund möglicher Bewerber/innen achten. Die hohen Zahlen aus den Förderschulen und aus Mülheim entstehen als Folge daraus, dass schwerpunktmäßig dort die Sprechstunden stattfinden. In den Unterlagen gäbe es auch eine Folie zum Migrationshintergrund, in welcher die Zahlen seit Mitte 2010 erfasst sind. Über 1 Jahr Dauer ergab sich, dass 21% der Klienten einen Migrationshintergrund haben, wobei man sich bei der Unterscheidung nach dem Pass richtete. Nicht erfasst ist dabei der Prozentsatz der anonymen Beratungen.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bewertet das Kölner Angebot als positiv. Es interessiert sie, wie sich das Team perspektivisch im Hinblick auf das Thema „Inklusion“ aufstellt und wie die aktive Vermittlung aussieht: Welche Hilfestellung bekommen die Familien, Schüler/innen und Lehrer/innen und wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Angeboten wie dem Kinderzentrum in Porz oder den interdisziplinären Frühförderzentren aus?

Aktive Förderung bedeutet laut Frau Dr. van Eyck, dass das Kind auch tatsächlich in der passenden Maßnahme ankommt. Das ist im Rahmen mehrerer multiprofessionell begleiteter Termine möglich. Kontakt zu den Familien, Erinnerung, Nachfrage und Begleitung zu Terminen in der Ambulanz oder einer psychotherapeutischen Einrichtung gehören zur täglichen Arbeit. In 21% der Fälle wurde in diesem Umfang Hilfe geleistet. Dabei ist zu beachten, dass es sich um ein freiwilliges Angebot handelt, das nur so lange greifen kann, wie die Familie es annimmt. Prinzipiell ist das Angebot im Hinblick auf Inklusion für alle Schulen offen, aber wegen der geringen Personalressource nur begrenzt verfügbar. Anfragen liegen auch aus Gesamtschulen und Realschulen vor.

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, wünscht, dass man die Mitteilung auch in den Integrationsrat gibt, ergänzt um die fehlende Folie zur Staatsangehörigkeit (die nicht mit dem definierten Begriff für „Migrationshintergrund“ identisch ist, der auch Kinder umfasst, die in Deutschland geboren sind, von deren Eltern aber nur ein Elternteil einen ausländischen Pass besitzt).

Frau Manderla wünscht der Arbeit des Teams weiterhin viel Erfolg.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen mit der Bitte, sie auch in den Integrationsrat einzubringen.